

# Drei Monate danach: Weiterbeschäftigung der Menschen in der Aktion 20.000



**Autor: Oliver Picek**

Ende Juni 2019 endete die Aktion 20.000, das Vorzeige-Beschäftigungsprojekt der Regierung Kern-Mitterlehner, ohne verlängert zu werden. Statt 20.000 Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen wurden nur knapp ein Viertel davon geschaffen, weil die Regierung Kurz-Strache das Projekt nach einer erfolgreichen Pilotphase vorzeitig beendete.

Drei Monate nach dem Ende der Aktion 20.000 liegen erstmals belastbare Zahlen zur Weiterbeschäftigung der TeilnehmerInnen vor. Das Argument der GegnerInnen – die Aktion schaffe ausschließlich künstliche, nicht nachhaltige Arbeitsplätze – kann damit nicht belegt werden. Denn vier von zehn verfügbaren ArbeitnehmerInnen wurden nach dem Ende der Aktion weiterbeschäftigt. Ohne Maßnahmen ist die Chance auf eine dauerhafte Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen über 50 am freien Arbeitsmarkt bei unter 10% – die Aktion 20.000 hat die Arbeitsmarktchancen der Teilnehmer damit um das Vierfache gesteigert.

Wo haben die TeilnehmerInnen gearbeitet? Fast die Hälfte der ArbeitnehmerInnen waren im Sozial- und Gesundheitswesen beschäftigt, knapp ein Viertel in der öffentlichen Verwaltung und ein weiteres knappes Viertel in diversen sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen.

Haben aber auch die nicht weiterbeschäftigten TeilnehmerInnen von der Aktion 20.000 profitiert? Eine Umfrage unter 83 TeilnehmerInnen eines größeren Arbeitgebers innerhalb des Arbeitsschaffungsprogrammes zeigt: Die Lebenszufriedenheit der TeilnehmerInnen stieg extrem stark an (von 34% auf 81%).

**/ Langzeitbeschäftigungslose über 50 in der Aktion 20.000: Weiterbeschäftigungsquote nach drei Monaten.**



**/ Arbeitsmarkterfene 50-Jährige: Chance auf dauerhafte Beschäftigung innerhalb von 11/2 Jahren (2013)**



Abbildung 1 //

## **/ Handlungs- und Politikempfehlung(en)**

**/ Eine neue Regierung sollte ein neues öffentliches Beschäftigungsprogramm vorbereiten, um das hohe Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.**

**/ Lebenszufriedenheit vor und während der Aktion 20.000, Bewertung mit Sehr Gut (1) und Gut (2)**



Abbildung 2 // Quelle: FAB (2019), eigene Darstellung

## / Die Kontroverse um öffentlich geförderte Arbeitsplätze

Die Aktion 20.000 war ein kontrovers diskutiertes Programm der Regierung Kern-Mitterlehner (SPÖ-ÖVP). Insgesamt haben 3.829 vormals langzeitarbeitslose Personen dadurch Arbeit gefunden. Die kurze Pilotphase sowie die bereits zugesagten Plätze reichten aus, um ein Fünftel der ursprünglich geplanten Plätze zu schaffen.

GegnerInnen haben vor allem kritisiert, dass „künstlich geschaffene“ staatlich geförderte Arbeitsplätze nicht nachhaltig seien, sowie, dass das Programm nicht in Anspruch genommen würde. Der zweite Vorwurf mutete von Anfang an etwas seltsam an, weil bereits in der Pilotphase die Erwartungen an das Programm weit übertroffen wurden: Mit rund 800 Plätzen hatten das Arbeitsministerium und das Arbeitsmarktservice gerechnet, aber knapp 1.500 wurden tatsächlich geschaffen. Weitere 2.300 Plätze waren schon organisiert bzw. zugesagt und wurden am Anfang des Jahres 2018 trotz der offiziellen „Pausierung“ der Aktion besetzt, um bereits gemachte Zusagen und Genehmigungen einzuhalten.

Das erste Argument war bis dato nicht überprüfbar, weil noch keine Zahlen vorlagen. Wenn die Arbeitsplätze „künstlich geschaffen“ sind, so dürfte kaum jemand übernommen werden, sobald die Förderung ausläuft. Drei Monate nach dem Ende des Programms am 30. Juni 2019 liegt die erste Standardmetrik des Arbeitsmarktservice für Fördermaßnahmen auch für die Aktion 20.000 vor: Wie viele Personen befanden sich am 92. Tag danach in Beschäftigung?

/ Abgänge der 3.829 TeilnehmerInnen aus der Aktion 20.000 nach 92 Tagen (kurzfristiger Arbeitsmarkterfolg), Österreich

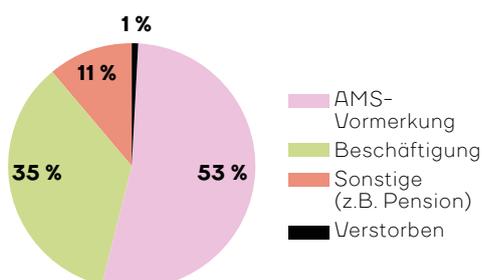


Abbildung 3 // Quelle: AMS, eigene Darstellung

/ Abgänge von 3.385 TeilnehmerInnen (ohne Sonstige, wie z.B. Pensionsantritte, und Verstorbene) aus der Aktion 20.000 nach 92 Tagen (kurzfristiger Arbeitsmarkterfolg), Österreich

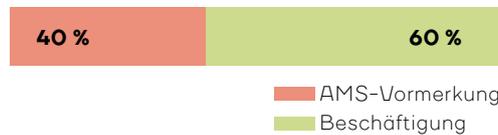


Abbildung 4 // Quelle: AMS, eigene Berechnung

Von 3.829 TeilnehmerInnen hatten 1.357 Personen nach knapp drei Monaten noch immer Arbeit. Das entspricht 35% der TeilnehmerInnen (Abbildung 2). Zieht man jene 12% der Personen ab, die aus verschiedenen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen und keine Arbeit suchen (Pensionsantritte, Rückzug aus der Erwerbstätigkeit z.B. wegen Pflegebetreuung, verstorben, usw.), sind es vier von zehn (Abbildung 3).

/ Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen: Aktion 20.000 im Vergleich zum Nichtstun

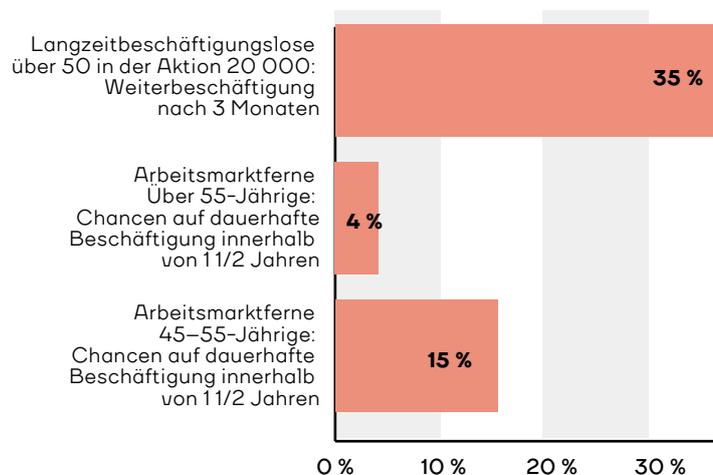


Abbildung 5 // Quelle: AMS, Eppel et. al (2015), eigene Darstellung

Die Auswahl der Gruppengrößen unterscheidet sich leicht. Für arbeitsmarktferne Personen: Letztverfügbare Daten aus 2013

Ist das eine zufriedenstellende Quote? Als Gradmesser können die regulären Jobchancen Langzeitarbeitsloser herangezogen werden. Obwohl die Grundgesamtheit leicht unterschiedlich ist, stammen die brauchbarsten Zahlen aus 2013 (Eppel et al. 2015): Die sogenannten Übergangschancen von „längerfristig arbeitsmarktfernen Personen“ in eine Beschäftigung, die mehr als zwei Monate dauert, betragen für 55-65-Jährige nur 4,4%, jene für 45-55-Jährige 14,5%.<sup>1</sup> (Abbildung 4) Somit findet nicht einmal jede/r Zwanzigste über 55 Jahren eine Beschäftigung, während bei den 45-55-Jährigen das nur rund jede/r Siebente tut. Klar ist, dass dies nur ein erster Indikator für eine zwischenzeitliche

Bewertung sein kann. Denn es existieren noch keine wissenschaftlich belastbaren Zahlen für die Weiterbeschäftigung einer Kontrollgruppe, die nicht Teil der Aktion 20.000 war. Mit 35% Abgangsrate bzw. 40% (ohne jene, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben), legt die Aktion 20.000 jedoch eine sehr ordentliche Quote für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm vor. Zwar gab das Sozialministerium kein offizielles Ziel aus, keine konkreten Erwartungen, dennoch dürfte die erwartete Bandbreite deutlich unter den jetzt realisierten 35% gelegen sein, wie u.a. eine vorläufig angenommene Weiterbeschäftigungsquote von 25% im Zuge der Vergabe von Evaluierungsstudien des Sozialministeriums zeigt.

Mit Übergangswahrscheinlichkeiten aus anderen Arbeitsmarktmaßnahmen ist die Aktion 20.000 schwer vergleichbar. Bei Eingliederungsbeihilfen, die das Arbeitsmarktservice an ArbeitgeberInnen bezahlt, damit diese Arbeitslose sechs Monate lang anstellen, werden die Übernahmeraten durch Mitnahmeeffekte verfälscht: Ein Job wird benötigt und wäre ohnehin geschaffen worden, weil es aber für das Unternehmen eine AMS-Förderung gibt, stellt es eine (langzeit-)arbeitslose Person zunächst gefördert ein. Bei Sozioökonomischen Betrieben und Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten, die ähnlich der Aktion 20.000 geförderte Arbeitsplätze anbieten (allerdings befristet auf 3–12 Monate), hängt die Weiterbeschäftigungsquote wiederum sehr stark vom sogenannten „Creaming“-Effekt ab. Es macht einen Unterschied, ob die Arbeitslosen mit den meisten sogenannten „Vermittlungshemmnissen“ (wie z.B. gesundheitliche Probleme, fortgeschrittenes Erwerbsalter, Behinderung, Wohnort in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit) ein solches Programm durchlaufen oder genau jene mit ohnehin höheren Vermittlungschancen.

### / Wo arbeiten die ehemaligen TeilnehmerInnen heute?

/ Dienstgeber der weiterbeschäftigten ehemalige TeilnehmerInnen der Aktion 20.000 nach 92 Tagen, Österreich

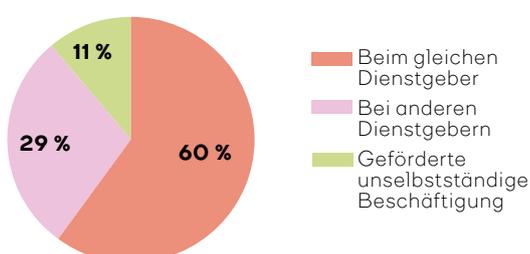
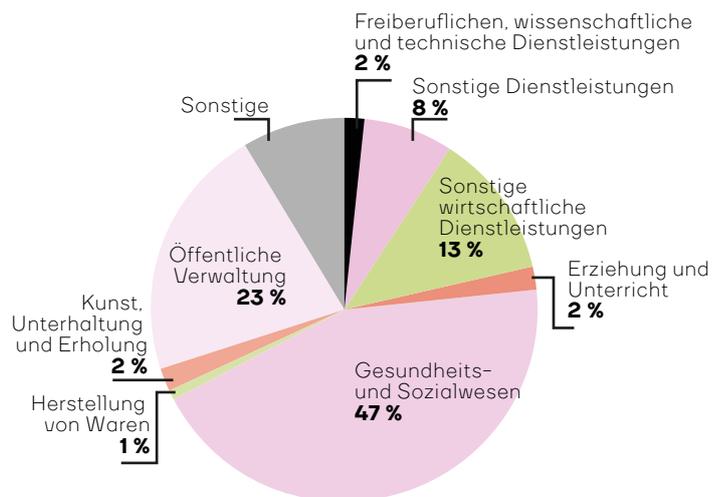


Abbildung 6 // Quelle: AMS, eigene Darstellung

Unter den weiterbeschäftigten Aktion-20.000-TeilnehmerInnen arbeiten sechs von zehn nach wie vor beim gleichen Dienstgeber (Abbildung 5). Rund drei von zehn (29%) sind bei einem anderen Dienstgeber beschäftigt. Nur rund jeder Zehnte ist weiterhin von einer öffentlichen Anschlussförderung für den eigenen Arbeitsplatz abhängig.

/ TeilnehmerInnen der Aktion 20.000, Beschäftigung nach wirtschaftlichen Sektoren



/ Weiterbeschäftigte 1.357 ehemalige TeilnehmerInnen der Aktion 20.000 nach wirtschaftlichen Sektoren

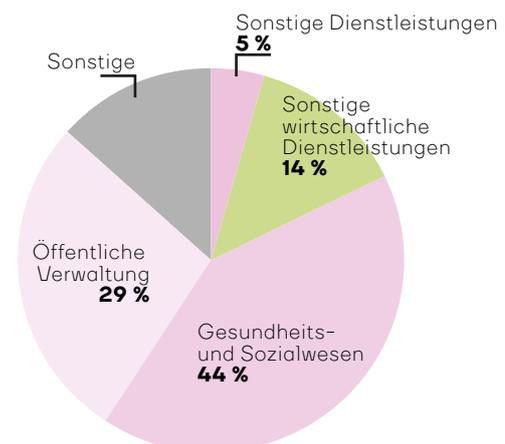


Abbildung 7 // Abbildung 8 // Quelle: AMS, eigene Darstellung

Die Richtlinien zur Aktion 20.000 haben gewinnorientierte private Unternehmen bewusst ausgeschlossen, um etwaige Mitnahmeeffekte zu verhindern und so die Zusätzlichkeit der Arbeitsplätze zu garantieren. Erwartungsgemäß kamen die TeilnehmerInnen daher vor allem in staatlich organisierten oder gemeinnützig orientierten wirtschaftlichen Sektoren unter. Sie waren vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen (47%), in der öffentlichen

Verwaltung (23%), sowie in sonstigen (wirtschaftlichen und freiberuflichen) Dienstleistungen (zusammengenommen 23%) tätig (Abbildung 6 & 7). Mit 44% Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen dominiert der Sektor auch die Weiterbeschäftigungsstatistik. Der Staat übernahm seine ArbeitnehmerInnen nach dem Ende der Aktion anteilig eher als dies im Durchschnitt der wirtschaftlichen Sektoren geschehen ist, wodurch fast jede dritte weiterbeschäftigte Person in der Öffentlichen Verwaltung tätig ist (29%).

Nach Bundesländern lag der Anteil an weiterführender Beschäftigung besonders hoch in Salzburg, Tirol, Niederösterreich, Wien und Kärnten, die sich über dem österreichischen Schnitt von 35% befinden (Abbildung 8). Eine Rückkehr als vorgeheimer Arbeitsloser war etwas wahrscheinlicher in Oberösterreich, Vorarlberg, Kärnten, Burgenland und Wien als im österreichischen Durchschnitt von 53%. In absoluten Zahlen sind die großen Bundesländer Wien, Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark von größerer quantitativer Bedeutung (Abbildung 9).

Haben es größere Bundesländer aufgrund ihrer hohen Anzahl an Langzeitarbeitslosen generell schwerer, Beschäftigungsprogramme erfolgreich durchzuführen? Um eine solche Fragestellung zu beantworten, ist der vorzeitige politisch herbeigeführte Abbruch der Aktion 20.000 problematisch, weil die beschränkte Zahl an TeilnehmerInnen kaum Schlüsse zulässt. Der hohe Anteil des Programms in den Pilotregionen verzerrt zudem aufgrund deren unterschiedlicher Größe die Zahlen. Tendenziell lässt sich beobachten, dass in Wien und Niederösterreich – die zwei Bundesländer mit den meisten Langzeitarbeitslosen – in der kurzen Zeit ein geringerer Anteil an den gesamten Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung gebracht werden konnte als in kleineren Bundesländern (Abbildung 10). Generell scheint es auf den ersten Blick, als ob die Aktion 20.000 für eher ländlich bzw. kleinstädtisch dominierte Regionen einfacher umzusetzen ist. Die höchste Quote in Vorarlberg (Pilotregion Bregenz) sowie die zweithöchste Quote in Oberösterreich, das noch dazu die Stadt Linz (sowie Linz-Urfahr) als Pilotregion hatte, sowie das drittschlechteste Ergebnis in Salzburg (Pongau) widersprechen dieser Aussage jedoch. Daher lässt sich diese Frage aufgrund der geringen Anzahl an TeilnehmerInnen nicht eindeutig beantworten.

/ TeilnehmerInnen an der Aktion 20.000 in Prozent der Langzeitbeschäftigungslosen über 50 Jahre (zum Stichtag Ende Juni 2017)

14

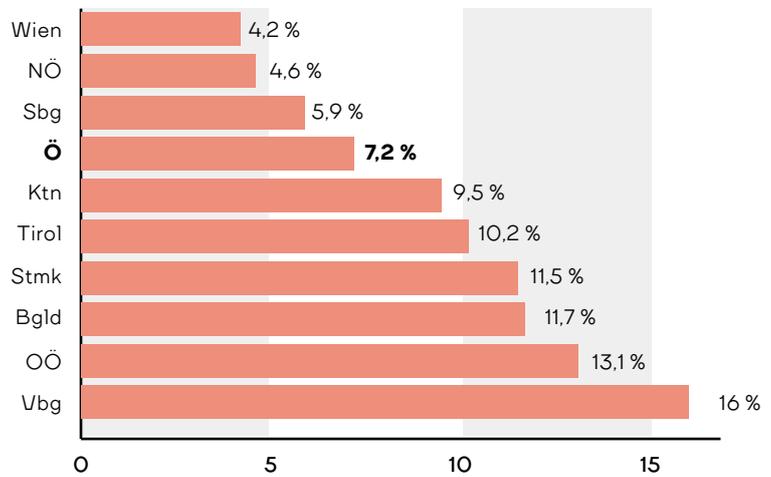


Abbildung 9 // Quelle: AMS, eigene Berechnungen

/ Anteile an Abgängen aus der Aktion 20.000 nach 92 Tagen (kurzfristiger Arbeitsmarkterfolg) nach Bundesländern

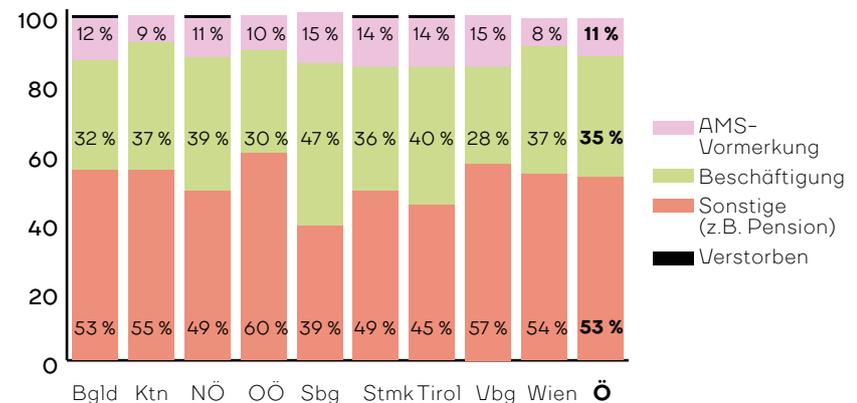


Abbildung 10 // Quelle: AMS, eigene Darstellung

/ Abgänge aus der Aktion 20.000 nach 92 Tagen (kurzfristiger Arbeitsmarkterfolg) nach Bundesländern

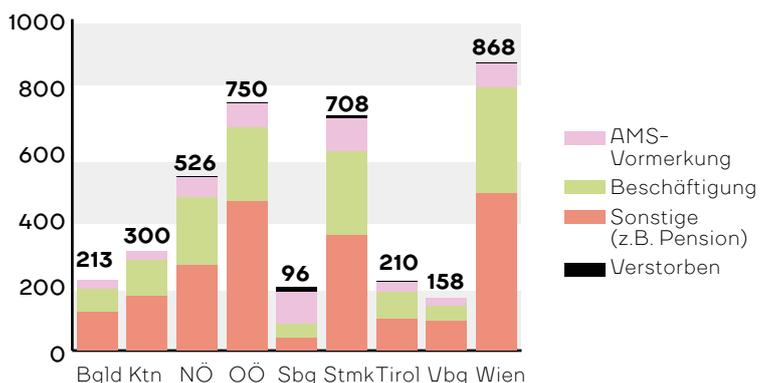


Abbildung 11 // Quelle: AMS, eigene Berechnungen

## / Was ist die Aktion 20.000?

Die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen hatte sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 sowie die äußerst schleppende Erholung von rund 50.000 auf 150.000 Menschen verdreifacht. Besonders betroffen waren Menschen über 50 Jahre, die – einmal langzeitbeschäftigungslos – statistisch gesehen kaum eine Chance mehr hatten in absehbarer Zeit wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Sie stellen als Gruppe auch 2019 noch rund ein Drittel der langzeitarbeitslosen Personen. Mit 1. Juli 2017 beschloss die Regierung Kern-Mitterlehner (SPÖ/ÖVP) daher die Aktion 20.000 – ein Beschäftigungsprogramm, das (strikt) zusätzliche Arbeitsplätze in Gemeinden und im gemeinnützigen Sektor, nicht aber bei privaten Unternehmen schuf. So sollte sichergestellt werden, dass niemand aus seinem bisherigen Job verdrängt wird, aber auch, dass private Unternehmen nicht Fördergeld beziehen für Personen, die sie ohnehin angestellt hätten. Die Schaffung von 20.000 öffentlich geförderten Arbeitsplätzen für 2 Jahre (bis 30.6.2019) für langzeitarbeitslose Personen, die älter als 50 Jahre sind, hätte die Arbeitslosigkeit in dieser besonders betroffenen Gruppe fast halbiert. Eine mögliche Verlängerung hätte auf Basis einer Evaluierung entschieden werden sollen.

/ Pilotregionen der Aktion 20.000

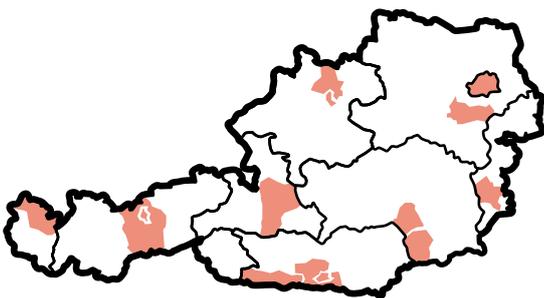


Abbildung 12 // Quelle: Sozialministerium (2017), eigene Darstellung

Nach der erfolgreichen Pilotphase bis Ende Dezember 2017, in der in ausgewählten Modellregionen rund 1500 Arbeitsplätze geschaffen wurden, war geplant die Aktion mit 1. Jänner 2018 auf ganz Österreich auszuweiten. Die mittlerweile ins Amt gekommene Regierung Kurz-Strache entschloss sich jedoch als eine ihrer ersten Maßnahmen, die Aktion noch vor der Voll-Ausrollung zu beenden.

Zur Finanzierung der Aktion 20.000 wurden in der Planungsphase Nettokosten von EUR 200 Mio. veranschlagt: Insgesamt sollte die Umsetzung des Programms EUR 778 Mio. kosten, wovon Kosten in der Höhe von EUR 578 Mio. dem Bund durch die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe an die langzeitarbeitslosen Personen ohnehin entstehen würden. Nicht eingerechnet sind dabei aber noch die Rückflüsse an den Staat durch höhere Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge sowie durch den höheren Konsum der Betroffenen. Die geförderten Anstellungsverhältnisse mussten kollektivvertraglich beziehungsweise bei Fehlen eines solchen angemessen entlohnt zu werden, und wurden gänzlich vom Staat bezahlt (100% der Lohnkosten inklusive Lohnnebenkosten). Bei den geschaffenen Arbeitsplätzen musste es sich um gesellschaftlich sinnvolle Vollzeitstellen handeln (bei Teilzeit zumindest aber 30 Wochenstunden).

Erste Analysen zeigen, dass es die Aktion geschafft hat, die Arbeitslosigkeit zu senken (Sozialministerium 2017, Picek 2019a). In den Pilotregionen der Aktion 20.000, in denen die meisten Arbeitsplätze geschaffen wurden, sank die Arbeitslosigkeit um zehn Prozentpunkte stärker als in anderen Arbeitsmarktbezirken.

/ Aufteilung der 3.829 TeilnehmerInnen an der Aktion 20.000 nach Bundesländern, absolut und in % von Österreich

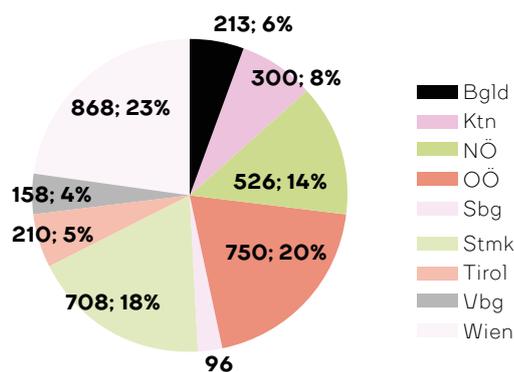


Abbildung 13 // Quelle: AMS, eigene Darstellung

An gesamten Plätzen in der Aktion 20.000 haben die großen Bundesländer mit vielen Langzeitarbeitslosen dominiert (Abbildung 13). Relativ zur Zahl der Langzeitarbeitslosen waren Vorarlberg, Oberösterreich, die Steiermark, und das Burgenland überdurchschnittlich aktiv (Abbildung 10).

## / Ein weiteres Puzzlestück einer umfassenden Bewertung

Wie evaluiert man ein Arbeitsschaffungsprogramm wie jenes der Aktion 20.000 sinnvoll? Eindeutig ist, dass die Weiterbeschäftigungsquote zwar ein Teil einer Bewertung sein kann, aber letztlich nur ein enges Kriterium heranzieht: Die gesteigerte Vermittlungsfähigkeit der Arbeitslosen in den regulären öffentlichen und den privaten Sektor, die eventuell auch langfristig die Abgangsrate in Beschäftigung erhöhen könnte. Doch weder wird so der Nutzen für die Betroffenen, noch der gesamtgesellschaftliche Nutzen nach Abzug der Kosten abgebildet. Zwei Evaluierungen der Aktion 20.000 im Auftrag des Sozialministeriums stehen noch aus: Eine stammt von der Prospect GmbH zum Verbesserungspotenzial im Ablauf der Aktion 20.000, deren Zweck die Ausmerzung von „Kinderkrankheiten“ des noch neuen arbeitsmarktpolitischen Programmes war. Die zweite Evaluierung führt das Institut für Höhere Studien durch, in der die fiskalischen Effekte der Aktion 20.000 Thema sind.<sup>2</sup> Einige der gesamtgesellschaftlichen Wirkungen der Aktion 20.000 können jedoch noch nicht (weil langfristig), andere wiederum nur sehr schlecht monetär bewertet werden.

Obwohl beide Studien wichtige Bestandteile für eine vernünftige Einschätzung des Programms sein können, fehlt eine gesamtheitliche Kosten-Nutzen Analyse, die insbesondere den Vergleich mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die oftmals kaum oder nur wenig bei Langzeitarbeitslosen ankommen. Sie würde wohl noch deutlichere positive Effekte des Arbeitsmarktprogramms finden.

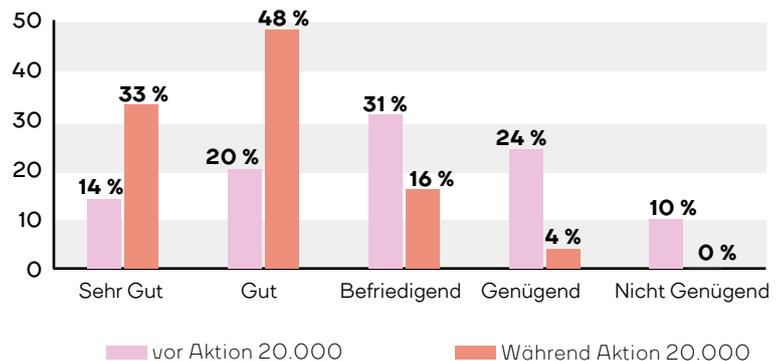
Ein Beispiel, das in gesamtheitlichen Evaluierungen berücksichtigt werden würde, sind die positiven psychischen Auswirkungen auf die Betroffenen. In einer Studie des Vereins für Arbeit und Beschäftigung (FAB) wurden 159 TeilnehmerInnen der Aktion 20.000 aus drei Bundesländern, die bei den beiden gemeinnützigen Vereinen FAB und IA angestellt waren, befragt. Vor Beginn des Beschäftigungsprogrammes bewerteten nur rund 34% der Befragten ihre Zufriedenheit mit dem Leben als „Sehr Gut“ (1) oder „Gut“ (2) – nach Anstellung waren es 81%

(Abbildung 14). Jede/r Zehnte war davor gänzlich unzufrieden (Schulnote 5) – danach war es niemand mehr. Die Zahl der mittel bzw. kaum Zufriedenen (3 und 4) sank von über der Hälfte der Befragten (55%) auf nur mehr jeden Vierten (20%).

16

/ Lebenszufriedenheit, vor und während der Aktion 20.000

Abbildung 14 // Quelle: FAB (2019), eigene Darstellung



Die Verbesserung der Lebenssituation kam nicht zufällig, sondern wurde durch die Aktion 20.000 ausgelöst. Rund 90 Prozent der Befragten (71 von 83 Personen) machen die Teilnahme an der „Aktion 20.000“ als Ursache für die Verbesserung ihrer Lebenssituation aus: Über vier von zehn Personen sehen ausschließlich die Aktion 20.000 als Grund (42%), weitere drei von zehn (29%) zu einem überwiegenden Anteil (75% Einfluss). 12% der Befragten machen die Aktion 20.000 für die Hälfte der Verbesserung ihrer Lebenssituation verantwortlich, während 8% der TeilnehmerInnen ihr ein Viertel der Steigerung zuschreiben. (Abbildung 15) Nur knapp jede Zehnte (9%) sieht gar keinen Einfluss auf die Zufriedenheit. Was waren die Gründe für die höhere Zufriedenheit mit der Lebenssituation? Von den 73 Personen, die nun zufriedener waren, haben 41 die Tatsache genannt, dass sie wieder Arbeit hatten, 22, dass sie finanziell wieder besser dastehen, und 30 die soziale und persönliche Situation durch die Arbeit (Selbstwertgefühl, Anerkennung, Kontakte mit KollegInnen, das Gefühl, „dass man gebraucht wird“).

/ Anteil der Aktion 20.000 an der Verbesserung der Lebenszufriedenheit

Abbildung 15 // Quelle: FAB (2019), eigene Darstellung



Lesebeispiel: Für vierzig Prozent der Befragten (Fläche des Stückes im Torten-Diagramm) war die Aktion 20.000 zu 100% für die Verbesserung ihrer Lebenszufriedenheit verantwortlich

## / Fazit

Drei Monate nach dem Ende der Aktion 20.000 lässt sich erstmals einer der Indikatoren für den Erfolg der Aktion 20.000, die kurzfristige Weiterbeschäftigungsquote („Abgangsrate in Beschäftigung nach 92 Tagen“), erheben. Dabei schneidet die Aktion 20.000 über den Erwartungen ab. Während die TeilnehmerInnen vor der Aktion 20.000 im Schnitt bereits 2,9 Jahre langzeitarbeitslos waren, haben nach rund eineinhalb Jahren im Programm 40% der noch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden ehemaligen TeilnehmerInnen weiterhin einen Job.

Die Weiterbeschäftigungsquote ist freilich nur ein Indikator für eine gesamtheitliche Bewertung des Arbeitsschaffungsprogrammes. Dennoch wurde dieser Indikator immer als möglicher Schwachpunkt der Aktion 20.000 dargestellt. Die erstmalig verfügbaren Zahlen des Arbeitsmarktservice zeigen, dass – ganz im Gegenteil zu den Erwartungen – die Weiterbeschäftigungsquote für die betroffene Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen über 50 hoch ausfällt.

In den kommenden Monaten ist zu befürchten, dass aufgrund des international schwächeren Wirtschaftswachstums die Arbeitslosenzahlen wieder ansteigen werden. Solange das Problem massiver Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich präsent ist, bleibt öffentliche Beschäftigung in sinnvollen Jobs eine der wenigen Möglichkeiten, um sie ernsthaft zu bekämpfen. Die künftige Bundesregierung sollte daher schon jetzt ein solches Programm planen und umsetzen.

## / Fußnoten

<sup>1</sup> Als „arbeitsmarktfern“ wird jemand bezeichnet, wenn er oder sie „im betrachteten Kalenderjahr nicht mehr als zwei Monate in unselbstständiger Beschäftigung (über der Geringfügigkeitsgrenze, exklusive freien Dienstverträgen) und zumindest vier Monate arbeitslos vorgemerkt war“ (Eppel et al. 2015, Seite I).

<sup>2</sup> Wirtschaftlich steht zu Buche der Wert der gesellschaftlichen Dienstleistungen (monetär, aber auch vom gesellschaftliche Nutzen bewertet), die Ankurbelung der Wirtschaft durch zusätzliche Konsumausgaben, der Wegfall weiterer staatlicher Transferleistungen (Wohnbeihilfe, Aufstockung in der Mindestsicherung), sowie die mittel- bis langfristige Reduktion von Gesundheitskosten der nicht mehr Langzeitarbeitslosen (Arbeitslosigkeit macht krank). An langfristigen Auswirkungen sind höhere Pensionsansprüche, aber auch höhere Einzahlungen zu berücksichtigen.

## / Literatur

Arbeitsmarktservice Österreich, Zahlen zur Weiterbeschäftigung nach der Aktion 20.000, November 2019

FAB (2019): MitarbeiterInnen Befragung Aktion 20.000, Linz, Oktober; [Link: https://www.fab.at/fileadmin/FAB/Berichte/FAB-IA-BERICHT\\_Befragung\\_Aktion\\_20.000\\_2019\\_F.pdf](https://www.fab.at/fileadmin/FAB/Berichte/FAB-IA-BERICHT_Befragung_Aktion_20.000_2019_F.pdf)

Eppel et al. (2015): Arbeitsmarktferne Personen – Charakteristika, Problemlagen und Unterstützungsbedarfe, Endbericht, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Prospect Unternehmensberatung GmbH, Studie im Auftrag des Sozialministeriums, Wien, November; [Link: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/9/8/3/CH3434/CMS1460450991526/arbeitsmarktferne\\_personen\\_endbericht\\_2015.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/9/8/3/CH3434/CMS1460450991526/arbeitsmarktferne_personen_endbericht_2015.pdf)

Sozialministerium (2017): „Zwischenbericht zur Aktion 20.000“, Wien, 27. November;

[Link: https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/0/1/CH3582/CMS1511508633739/zwischenbericht\\_zur\\_aktion\\_20.000.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/0/0/1/CH3582/CMS1511508633739/zwischenbericht_zur_aktion_20.000.pdf)

Picek, Oliver (2019a) Aktion 20.000: Wenn der Staat Arbeit schafft, Gastkommentar in *Der Standard*, 18. September 2019 12:12; [Link: https://www.derstandard.at/story/2000108751038/wenn-der-staat-arbeit-schafft](https://www.derstandard.at/story/2000108751038/wenn-der-staat-arbeit-schafft)

Picek, Oliver (2019b) Eine Jobgarantie für Österreichs Langzeitarbeitslose, Unveröffentlichtes Manuskript, Wien, Mai; [Link: http://oliverpicek.com/wp-content/uploads/2019/05/ELRAustria.pdf](http://oliverpicek.com/wp-content/uploads/2019/05/ELRAustria.pdf)

## / Kontakt

### / Autor

Oliver Picek  
ist Senior Economist am  
Momentum Institut

[oliver.picek@momentum-institut.at](mailto:oliver.picek@momentum-institut.at)

### / Momentum Institut

Märzstraße 42/1,  
1150 Wien, Österreich

[kontakt@momentum-institut.at](mailto:kontakt@momentum-institut.at)

[www.momentum-institut.at](http://www.momentum-institut.at)